

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a Fernruf: P 7, Jannowitz 5909. Postcheckkonto Berlin, Nr. 20460 (Internationale Verlagsanstalt G m b H.).

NUMMER 99 A

BERLIN • Donnerstag, den 28. April 1932

I JAHRGANG

Wer ist zu den NS übergelaufen?

Laßt Zahlen sprechen!

Bg. Nach einer Wahl kann man in den Zeitungen fast aller Parteien entweder von einem gewaltigen Wahlsieg lesen, oder es heißt, daß man sich gut, recht gut oder verhältnismäßig gut gehalten hat. Nur wenn die Verluste allzu gut sind, gibt man zu, der Gegner habe es durch seine skrupellose Propaganda erreicht, einige schwankende Wähler, an denen aber doch nicht viel gelegen war, irre zu machen, so daß ein Stimmenabgang eingetreten ist, der aber in Wahrheit nur eine scheinbare Niederlage darstellt. Wirkliche Niederlagen oder gar große Niederlagen pflegen nicht vorzukommen.

Bei dieser Informierung der Leser stehen immer geschickt vorgenommene Berechnungen im Vordergrund. Man sucht sich einige Zahlen heraus, die das zu beweisen scheinen, was man gerade beweisen will.

Das Ganze stellt den Anfang der Propaganda für die nächste Wahl dar.

Wer sich hingegen Mühe gibt, *stichhaltige Schlüsse* aus den vorliegenden Zahlen zu ziehen, wird allerdings finden, daß sich dieser Arbeit große Schwierigkeiten in den Weg stellen.

Eine Tatsache ist wohl unbestreitbar: Die Reaktion hat den Sieg davongetragen; die Zahl der sozialdemokratischen und auch (seit der Reichstagswahl 1930) die Zahl der kommunistischen Wähler ist zurückgegangen.

Wodurch die Reaktion Stimmen gewonnen hat, ist uns bekannt, und auch manchem Demokraten wird es wohl in den vergangenen Jahren aufgegangen sein, daß unsere Demokratie die Narrenbühne ist, „auf der der pfiffigste oder bestbezahlte Schwätzer dem vornehmen und nur auf seine gute Sache bauenden Charakter den Rang ablauft“.

Von wem die Reaktion ihre Stimmen gewonnen hat, ist weniger deutlich. Gewiß, das Anwachsen der Nationalsozialisten erklärt sich hauptsächlich aus dem katastrophalen Rückgang der bürgerlichen Mittelparteien. Aber die Niederlage der sozialistischen Parteien?

Wir wollen versuchen, diese Frage zu beantworten. Dazu sollen nicht nur die Ergebnisse der 28 preußischen Wahlkreise berücksichtigt werden, sondern auch die Ergebnisse aus Bayern, Anhalt, Württemberg und Hamburg. Die Ergebnisse aus jedem der vier letztgenannten Länder werden wir ebenso behandeln, wie die aus je einem preußischen Wahlkreis. Wir sprechen also der Einfachheit halber von 27 Wahlkreisen.

Es wäre für uns wohl am befriedigendsten, wenn die Verluste der sozialistischen Parteien sich einfach daraus erklären, daß viele sozialdemokratische und kommunistische Wähler aus Unzufriedenheit mit ihrer Partei zu Hause geblieben sind. Diese Möglichkeit erklärt gewiß einiges. Gerade in den größeren Städten war die Wahlbeteiligung innerhalb der Arbeiterbezirke durchweg kleiner als innerhalb der bürgerlichen Bezirke. Anscheinend sind vor allem kommunistische Wähler in größerer Anzahl zu Hause geblieben. Das war ja auch schon beim zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl deutlich und ist auch jetzt aus den vorliegenden Zahlen erkennbar. Im Ganzen zeigt sich, verglichen mit der Reichstagswahl 1930, eine geringe Zunahme der Wahlbeteiligung (nämlich um 4 Prozent). Diese Zunahme der Wahlbeteiligung ist aber in den Kreisen völlig ausgeblieben, wo die Kommunisten einen besonders hohen Stimmenrückgang aufzuweisen haben. In den 18 Kreisen, in denen die Kommunisten Stimmenverluste erlitten, ist die Wahlbeteiligung durchschnittlich ebenso groß geblieben wie 1930. Dagegen ist die Wahlbeteiligung in den 9 Kreisen, in denen die Kommunisten sich gehalten oder gar etwas gewonnen haben, merklich gestiegen.

Natürlich können wir die Verluste an proletarischen Stimmen nicht nur auf diese Weise erklären; das ginge

Amerika stößt vor. Fortschritt der Abrüstung?

STIMSON hat sich plötzlich am Montag mit TARDIEU in Verbindung gesetzt, und ihn dringend ersucht, so bald wie möglich nach Genf zu kommen. Nach einigem Zaudern hat TARDIEU seine Rückkehr für Freitag zugesagt, nach Abschluß seiner Wahlkampagne in Frankreich. Auch GRANDI ist eingeladen worden, zu der Konferenz nach Genf zu kommen.

Der Gegensatz zwischen Deutschland und Frankreich in der Abrüstungsfrage, beruht darauf, daß Frankreich noch immer über den deutschen Angriffsgeist nicht beruhigt ist. In einem Artikel der „Neuen Zürcher Zeitung“ wird ausgeführt, daß Frankreich in der Berufarmee, wie sie Deutschland besitzt, im Gegensatz zu der alle Wehrfähigen umfassenden französischen Armee, ein für offensive Zwecke außerordentlich hochwertiges Instrument erblickt. Frankreich bedürfe der heutigen zahlenmäßigen Überlegenheit seines Heeres, um die große Schlagfertigkeit der deutschen Berufarmee aufzuwiegen.

Zu diesen Erwägungen der Schweizer Zeitung tritt der Umstand hinzu, daß die Franzosen sich *international verpflichtet* sollen, ihre schwere Angriffswaffen zu zerstören, während Deutschland dauernd den Vorbehalt behält, daß es Wehrorganisationen zuläßt oder sie doch nur unter dem äußersten Druck auflöst und daß diese ganze Angelegenheit eine *innere Angelegenheit* ist, in die keine Völkerbundskommission hineinreden kann. Es wird sich also für BRÜNING in der Aussprache darum handeln müssen, aus der Auflösung der HITLER-Armee nicht ohne weiteres eine Forderung an Frankreich herzuleiten, zumal die Ergebnisse des 24. April den französischen Militarismus nicht ohne Berechtigung nervös gemacht haben. Der kluge Schritt, nach Genf zu reisen, nachdem die SA-Truppen nach Hause geschickt worden waren, erfordert nunmehr, nachdem die Nationalsozialisten die stärkste Partei in Deutschland geworden sind, ein besonders vorsichtiges Operieren BRÜNINGs, wenn eine Annäherung zwischen TARDIEU und ihm zustande kommen soll. VENIZELOS, der Grieche, den man für einen der fähigsten Köpfe auf der Konferenz hält, hat mit vollem Nachdruck davon gesprochen, daß Europa nur zu wählen hätte zwischen Selbstvernichtung oder Verständigung und daß hierfür die Beziehung zwischen Deutschland und Frankreich entscheidend sei, und die Baseler „Nationalzeitung“ endet ihre Betrachtung über die bevorstehenden Verhandlungen mit den Worten: „STRESEMANN hat gelernt, darf man hoffen, daß auch BRÜNING lernen wird? Wenn er nach der Auflösung der SA diesen Weg einschlägt, so wäre es der Weg Europas.“

Die amerikanischen Pressekorrespondenten haben spaltenlange Berichte nach Amerika gekabelt. Darin wird behauptet, daß Deutschlands Stellung zur Abrüstungsfrage, vor allem die Erklärung, daß die Begriffsbestimmung der Angriffswaffen bereits eindeutig durch den Versailler Vertrag festgelegt worden sei (wirksam geworden in der Begrenzung der deutschen Heeresrüstung), nach amerikanischer Auffassung eindeutig und zutreffend sei. STIMSON sei an all den Besprechungen insofern interessiert, als eine Regelung der Schuldenfrage für Amerika erst dann in Betracht komme, wenn sich die europäischen Staaten in der Abrüstungsfrage geeinigt hätten.

nur, wenn ein bedeutender Rückgang in der Wahlbeteiligung zu verzeichnen wäre. Es ist durchaus wahrscheinlich, daß von den Jungwählern, die 1930 noch nicht wählten, ein besonders hoher Prozentsatz für die Nazis stimmte. Das müssen wir aber auch als einen Verlust der Arbeiterparteien buchen, denn in normalen Zeiten wären diese Stimmen zum großen Teil der SP und KP zugute gekommen.

Sehr gefährlich wäre es, nun einfach das folgende, oft empfohlene Schema als Tatsache hinzunehmen: die SP hat an die KP verloren und die KP hat an die Nazis abgegeben.

Gewiß, viele Erfahrungen aus der Reichspräsidentenwahl sprechen eindringlich dafür, daß manche kommunistischen Wähler, wenn auch nicht extrem viele, etwas zu den Nazis neigen. Daß dies aber, im Gegen-

AUS DEM INHALT:

- Rußland-Japan-China.
- Der Memeler Unruhenherd.
- Lernt die Komintern?
- Der Rüstungswahnsinn.
- Klagges Provokation.
- Besondere Organisation der Erwerbslosen.
- RGO bei den Schauspielern.
- Die Ursache der indischen Wirtschaftsnot.

satz zur sozialdemokratischen Auffassung, höchstens wenig ausmachen kann, läßt sich aus den Wahlergebnissen zeigen. Der Stimmenzuwachs der Nazis ist nämlich dort, wo die Kommunisten besonders viel verloren haben, im Durchschnitt nicht größer als dort, wo die Kommunisten nichts verloren oder gar etwas gewonnen haben. Das zeigen folgende Zahlen.

Die KP hat in 8 Wahlkreisen 3 bis 5 Prozent aller abgegebenen Stimmen (also nicht nur 3 bis 5 Prozent ihrer eigenen) weniger erhalten als 1930. In diesen Kreisen haben die Nazis durchschnittlich 19 Prozent aller abgegebenen Stimmen neu hinzugewonnen. Aber auch in den Kreisen, in denen nur 1 bis 2 Prozent aller Wähler die KP verlassen haben, und endlich in den Kreisen mit einem Zuwachs der kommunistischen Stimmen, haben die Nazis 19 Prozent aller abgegebenen Stimmen neu gewonnen.

Die Zahlen lassen also nicht den Schluß zu, daß größere Teile der kommunistischen Wählermassen zur Reaktion gegangen sind.

Die Zahlen lassen sogar eher den Schluß gerechtfertigt erscheinen, daß die Sozialdemokraten es den Kommunisten zu verdanken haben, daß die SP-Niederlage nicht noch größer geworden ist. Die Sozialdemokratie hat nämlich gerade dort am besten abgeschnitten, wo die Kommunisten die größten Verluste haben. Nehmen wir wieder die 9 Kreise, in denen die KP nicht verloren, sondern höchstens etwas gewonnen hat, so finden wir dort einen durchschnittlichen SP-Verlust um mehr als 5 Prozent aller Wähler (also nicht nur mehr als 5 Prozent der eigenen Wähler). In den Kreisen aber, in denen die KP 1 bis 2 Prozent aller Wähler verlor, verlor die SP nur 3,5 Prozent, und in den Kreisen, in denen die KP-Verluste 3 bis 5 Prozent aller Wähler erreichten, haben die Sozialdemokraten im Durchschnitt fast nichts, nämlich weniger als 1 Prozent aller Wähler, eingebüßt.

Die KP-Verluste sind also anscheinend in erster Linie den Nichtwählern und der SP zugute gekommen. Höchstens in zweiter Linie auch den Nazis.

Der Zustrom seitens einiger Kommunisten konnte es nicht verhindern, daß die SP große Verluste einstecken mußte. Wo blieben die sozialdemokratischen Wähler? Zum Teil wohl zu Hause. Aber die anderen? Einzelne werden vielleicht zu den Kommunisten gegangen sein, einzelne zu dem verunglückten SAP-Unternehmen, vor dem wir rechtzeitig warnten und das der Arbeiterschaft allein in Preußen 1 bis 2 Mandate gekostet hat. Beides kann aber zur Erklärung der SP-Verluste nicht genügen. Sollten sich einige hunderttausend sozialdemokratischer Wähler den Nazis zugewandt haben? Leider spricht nur allzuviel dafür. Ich weiß nicht, wie wir die Zahlen anders deuten sollen, ohne unwahrscheinliche Ausflüchte zu suchen.

Denn: was für die kommunistischen Verluste nicht gilt, gilt gerade für die sozialdemokratischen Verluste: Wo am meisten verloren ging, haben die Nazis die größten Profite eingesteckt. Zum Beweise nehmen wir wie-

der die Ergebnisse aus den 23 preußischen Wahlkreisen und aus den vier anderen Ländern.

In 8 Kreisen hat die SP 5 bis 12 Prozent aller überhaupt abgegebenen Stimmen verloren, dort haben die Nazis durchschnittlich 21,5 Prozent aller Wähler neu hinzugewonnen.

In den übrigen Kreisen, in denen die sozialdemokratischen Verluste weniger als 5 Prozent aller abgegebenen Stimmen betragen, gewannen die Nazis im Durchschnitt nur 17 Prozent aller Wähler neu hinzu. Sollte das Zufall sein? Das dürfen wir kaum annehmen, wenn wir berücksichtigen, daß die Nazis gerade dort Riesengewinne buchen konnten, wo die SP besonders große Wählermassen verlor. Die größten Wählermassen, nämlich 10 bis 12 Prozent aller Wähler, verlor die SP in den preußischen Wahlkreisen 8 und 15, und gerade in diesen beiden Wahlkreisen haben die Nazis ihre Rekordgewinne aufzuweisen; sie haben dort nämlich 31 Prozent aller (!) Wähler neu hinzugewonnen.

In den Wahlkreisen 2 und 3 hat die SP etwas zugezogen; dort konnten die Nazis nur 11 bis 16 Prozent aller Wähler neu erobern. (Alle Angaben beziehen sich auf den Vergleich mit der Reichstagswahl 1930.)

Sind die Zahlen nicht deutlich? Aber wir wollen vorsichtig sein und nur soviel mit Sicherheit behaupten:

Die SP hat keinen Anlaß, den Vorwurf zu machen, daß die KP nur eine Brücke zum Faschismus darstellt; eher dürften die Kommunisten der Sozialdemokratie den entsprechenden Vorwurf machen.

Es mag sein, daß es keine Wähler gibt, die direkt von der SP zu den Nazis gehen. Bei den meisten ist der Weg vielleicht komplizierter: Viele versuchten es bei der Präsidentenwahl mit THÄLMANN und gingen dann enttäuscht zu HITLER. Manche bürgerlichen Wähler der SP werden aber auch den direkten Weg zur Reaktion finden, um so mehr, als namhafte Sozialdemokraten den Weg gezeigt haben. Die Fälle werden in Erinnerung geblieben sein.

Wie dem aber auch sein mag; es ist eine Tatsache, daß die Sozialdemokratie große Teile ihrer proletarischen und ihrer bürgerlichen Wähler eingebüßt hat. Woran liegt das?

Man wird sagen, die Sozialdemokratie habe ja die Verantwortung übernommen, die andere gerade zu dem Zweck des Gewinnens von Wählern nicht übernehmen wollten. Wir sind nicht der Meinung, daß die Sozialdemokratie die Verantwortung übernehmen mußte für das Funktionieren des kapitalistischen Staates. Manch eine andere Arbeit wäre wichtiger gewesen. Aber angenommen selbst, die SP wäre zur Koalition gezwungen gewesen. **Mußte** darum ein Rückschlag eintreten? Das Zentrum hat auch die Verantwortung (oder das, was man so nennt) übernommen, und trotzdem einen Wahlsieg errungen. Wenn wir dieses Rätsel lösen, werden wir die tiefere Ursache für die Niederlage der Arbeiterparteien begreifen.

Das Zentrum hat sich auch unbeliebt gemacht, so unbeliebt, daß z. B. im streng katholischen Eichsfeld der Zentrumsführer WILHELM MARX von seinen eigenen Glaubensgenossen am Reden gehindert wurde. Trotzdem haben die Katholiken überall wieder ihre Partei gewählt.

Den Grund sehe ich in zwei Punkten. Einmal darin, daß das Zentrum es durch geschickte Koalitionspolitik verstanden hat, sich für seine katholischen Freunde von seinen schärfsten Feinden, nämlich den Sozialisten, Gelder bewilligen zu lassen, damit an jedem Sonntag, auch in kleinen Dörfern, wirkungsvolle Propagandaveranstaltungen mit Glockengeläut und ohne Diskussion durchgeführt werden können.

Der zweite Grund liegt darin, daß das Bedürfnis jedes ernstesten Menschen, seinem Leben über die Befriedigung materieller Interessen hinaus einen Inhalt zu geben, von der Kirche zwar irreführt, jedenfalls aber anerkannt wird. In den sozialistischen Massenparteien hingegen wird dieses Bedürfnis zwar auch irreführt, außerdem aber verlacht: das ursprüngliche Solidari-

tätsgefühl der Genossen wird durch die Theorie des historischen Materialismus zu einem materiellen Klasseninteresse verfälscht. Ein konsequenter Anhänger dieser Theorie „hat keine Ideale zu verwirklichen“, wird also seiner Partei den Rücken kehren, wenn er zu der Ueberzeugung gelangt, daß sich die Zugehörigkeit zu ihr nicht mehr bezahlt macht.

Rußland — Japan — China.

LITWINOW ist von Genf nach Moskau abgereist, keineswegs nur, um den türkischen Ministerpräsidenten zu begrüßen, der zur Zeit Sowjetrußland bereist, sondern nur des **mandschurischen Konfliktes** willen. Er wird mit dem japanischen Botschafter eine Unterredung haben, der eine große Bedeutung zugemessen wird.

Das englische Mitglied der Waffenstillstandskommission in Shanghai, LAMPSON, hat einen Vergleich zwischen China und Japan vorgeschlagen, den beide Regierungen für annehmbar halten. Gleichzeitig wird von TSIANG KAI CHEK gemeldet, daß an Frieden nicht zu denken sei, bis Japan aus Shanghai und der Mandschurei verschwunden sei.

Ende der Woche wird der Neunzehner-Ausschuß in Genf zu einer Sitzung zusammentreten, der über die Schanghaier Waffenstillstandsverhandlungen das Urteil des Völkerbundes fällen soll.

Falls eine der beiden Mächte sich dem Spruch des Ausschusses nicht fügt, muß — so sagt die Satzung — Artikel 15 in Kraft treten: wirtschaftlicher Boykott der widerspenstigen Macht. „Macht der Völkerbund von seinem Druckmittel in einem so flagranten Fall keinen Gebrauch, so kann die Weltabstimmungskonferenz nach angelsächsischem oder nach französischem System die böse Welt zu ver-

bessern suchen, ihr Produkt wird nie in Kraft treten“, sagen die „Basler Nachrichten“, die damit die Genfer Kommissionen warnen wollen. Deren wechselseitiger Druck ist schwach, ebenso schwach wie ihr Druck auf die übrige Welt. Eine entscheidende und eindeutige Sprache in den Angelegenheiten Ostasiens sprechen zur Zeit nur die Truppenverschiebungen, die Verhaftungen und Aufstände — alle übrigen Meldungen verwirren nur das Bild, das jene Tatsachen liefern.

Die Einigungsverhandlungen auf der Grundlage des LAMPSONschen Vorschlages, dessen Inhalt noch unbekannt ist, rücken vorwärts. Man gewinnt den Eindruck, daß die beiden Regierungen andere, dringlichere Pläne verfolgen als die gegenseitige Ueberwachung ihrer Truppen in Shanghai. Japan verfolgt seine Ziele in der Mandschurei, Nanking hat mit den Bauern des Südens zu tun.

Die mandschurische Regierung hat an Japan Konzessionen für den Bau von drei neuen Eisenbahnlinien gegeben. Der Bau wird sofort in Angriff genommen werden mit Hilfe tausender japanischer Arbeiter. Ueber den Konflikt mit Rußland liegen keine neuen Meldungen vor. Die Gefechte zwischen Chinesen und Japanern an den Bahnstrecken gehen weiter. Auf der Strecke Chabbin-Wladiwostok ist der Verkehr seit Tagen unterbrochen.

Keine Anerkennung Rußlands durch die USA.

s Moskau, 26. April.

Amtlich wird jetzt die Mitteilung des Staatsdepartements für auswärtige Angelegenheiten bestätigt, daß die Regierung der USA beschlossen hat, die Sowjetunion weder de jure noch de facto anzuerkennen, und daß die Haltung der amerikanischen Regierung gegenüber Rußland auch weiterhin unverändert bleibe. Diese Mitteilung hat in Moskauer politischen Kreisen große Unzufriedenheit hervorgerufen, da man geglaubt hat, daß LITWINOW sich in Genf mit STIMSON treffen und mit ihm eine allgemeine politische Aussprache über verschiedene sowjetrussische Fragen haben werde.

Der nichtratifizierte Nichtangriffspakt.

Russisch-polnische Verhandlungen.

s Moskau, 26. April.

In Warschau verhandelt der polnische Minister Baczko mit dem russischen Gesandten über verschiedene politische Fragen, darunter wieder einmal über den von Polen noch immer nicht ratifizierten russisch-polnischen Nichtangriffspakt. Polen hat diese Ratifikation an die Bedingung gebunden, daß Rußland mit allen seinen Nachbarn Nichtangriffspakte abschließt, hält sich also zurück, da die rumänisch-russischen Verhandlungen nicht voranschreiten. Rußland fordert den Verzicht auf die einschränkende Bedingung Polens — bisher ohne Erfolg.

Ein schweres Explosionsunglück traf drei Heizer im Kesselhaus der Aktienbrauerei in Dortmund am Montagabend. Dort platzte ein Dampfleitungsrohr. Der Wasserdampf aus diesem Rohr wurde in die Feuerung eines Dampfkessels gedrückt, vermischte sich dort mit Kohlenstaub, wodurch es zu einer Explosion in der Feuerungsanlage kam. Die glühende Kohlenmasse und der Wasserdampf wurden aus den Feuerungstüren herausgepreßt und trafen drei Heizer. Der Heizer Risse ist seinen Brandverletzungen erlegen. Bei den beiden anderen Heizern besteht wenig Hoffnung, sie am Leben zu erhalten.

Aus dem Memeler Unruhenherd.

Der Spionageprozeß gegen Schulrat Meyer wird verschoben.

Der Oberstaatsanwalt des Kriegsgerichts in Kowno prüft zur Zeit das Material gegen den wegen Spionage verhafteten Führer der memelländischen Volkspartei, Schulrat MEYER, und den reichsdeutschen Kaufmann BECKERS. Wie verlautet soll der Prozeß frühestens in zwei Monaten vor dem Kriegsgericht zur Verhandlung kommen.

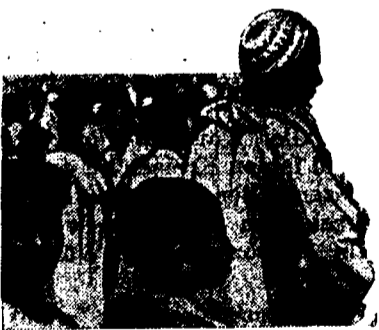
Die Rechtsgrundlage dieses Prozesses ist außerordentlich fragwürdig. MEYER hat BECKERS darauf aufmerksam gemacht, daß für den Fall des Eindringens deutscher Verbände in das litauische Staatsgebiet von litauischer Seite mehrere Memelländische Führer mit dem Tode bedroht worden seien. Daraufhin ist MEYER auf Grund des § 108 des litauischen Strafgesetzbuches verhaftet worden. Dieser Paragraph stellt zunächst denjenigen unter die Strafe der Zwangsarbeit, der als litauischer Staatsangehöriger den Feind, in dessen Kriegszustand er sich befindet, gegen Litauen zu Gunsten der Deutschen Unternehmungen begünstigt oder ihm Vorschub leistet, ferner soll derjenige mit dem Tode bestraft werden, der sich bei dieser Vorschubleistung der Spionage schuldig macht.

Die Anklage enthält drei faule Punkte: 1. stellt sie entgegen den Bestimmungen des Autonomiestatuts — den Memelländer MEYER unter ein Gesetz, das seinem Wortlaut nach nur auf litauische Staatsangehörige Anwendung findet; 2. wird durch die Anwendung des genannten Paragraphen Deutschland als „Feind“ Litauens hingestellt; Kriegszustand ohne Kriegserklärung; 3. deckt Litauen durch dieses Vorgehen die Drohbrieffe litauischer Staatsbürger gegen die Memelländische Führer. Alles in allem genommen scheint also der bevorstehende Prozeß ein neuer Versuch Litauens zu sein, sich die Oberhoheit über Memel gewaltsam zu nehmen.

Golddeckung in Griechenland aufgegeben.

d Athen, 26. April.

Die Kammer hat am Dienstag nachmittag den Gesetzentwurf über die Preisgabe der Golddeckung der Drachme angenommen. Das Gesetz tritt sofort in Kraft.



PORGY.

Ein Neger - Roman
von du Bose Heyward.

(Deutsche Rechte: Th. Knaur,
Nachfolger, Verlag, Berlin.)

(8. Fortsetzung.)

Zufällig gingen mehrere seiner Kunden zusammen an der Apotheke vorüber. Einer von ihnen, der Angestellte einer anderen, weiter unten in der Straße gelegenen Apotheke, hielt sich, auf Porgy zeigend, die Nase zu. Darauf führten auch die übrigen die Hand zur Nase und warteten, sich vor Lachen schüttelnd, was weiter geschehen würde.

Porgy musterte sorgfältig seine Ausstattung. Er verstand das nicht — es war doch wahrhaftig alles in bester Ordnung! . . .

Trotzdem etwas beunruhigt, band er sein altes Tier an einen Laternenpfahl, schwang sich gravitätisch aus dem Wagen und kroch über das Trottoir nach seinem alten Platz.

Zu den jungen Leuten, die lachend in der Nähe stehen geblieben waren, gesellten sich jetzt andere — die Gruppe wuchs ständig. Kurz darauf hörte man aus der Apotheke herans den Besitzer sagen:

„Marie, kommen Sie doch mal schnell mit dem Besen, — hier muß schon wieder irgendwo ein Aas liegen!“

In der Apotheke wurden daraufhin Kisten gerückt, und dicke Staubwolken, das Resultat energischen Fegens, quollen aus der Tür. Schließlich trat der Apotheker, ganz rot im Gesicht, heraus, um Luft zu schöpfen, und entdeckte dabei den Ziegenbock. Das dröhnende Gelächter, das ihm entgegen

schallte, vergrößerte noch seine Wut. Mit hoherhobenem Beien und Worten, die nicht mißzuverstehen waren, trieb er Porgy von seiner Tür.

Doch die Zuschauer, die sich auf Kosten des Apothekers glänzend amüsiert hatten, waren dadurch in ausgezeichnete Laune geraten. So konnte Porgy, als er nachher seine Einnahme überzählte, feststellen, daß sie bedeutend größer war als oft der Ertrag eines ganzen Tages geduldigen Abwartens.

Eine vollständigere Umwälzung, als dieses Sichselbständigmachen in Porgys Leben brachte, kann man sich kaum vorstellen. Frei von den alten Lebensbedingungen, die ihn dazu verurteilt hatten, immer angenagelt auf demselben Platz zu hocken, verfügte er jetzt über eine Kraft, die ihm ständigen Ortswechsel erlaubte. So wurde er bald ein richtiger Großstädter, und man konnte ihn in allen Stadtteilen sehen. Entweder saß er in seinem Wagen an der Bordschwelle oder, wenn die Bewohner des betreffenden Viertels keine geschworenen Feinde von Ziegenböcken waren, stieg er wohl auch aus und versuchte sein Glück in den schmalen Schattenstreifen längs der Hauswände.

Damals ertrug jeder Porgy — zumindest auf kurze Zeit. Er hatte eben etwas Charakteristisches, war ein Original. Die übrigen Bettler knirschten wohl mit den Zähnen — waren aber machtlos dagegen.

An bestimmten Tagen wandte er sich, wenn er den Hof verließ, nach Süden und erreichte dann bald eine Landschaft von so bemerkender Schönheit, daß sie für ihn stets etwas Unwirkliches behielt. In dieser Gegend schien niemand zu arbeiten als die glücklichen, gutgekleideten Neger, die oft an die Hintertüren kamen, wenn er vorüberfuhr, und ihm köstliche Leckerbissen aus den Küchen der Weißen schenkten. Die stilllichen, schimmernden Häuser mit ihren blitzenden, von Kletterrosen umrankten Fenstern lächelten ihn freundlich an. Vornehme Damen, die im Schatten der Loggien ruhten, sandten oft einen Diener hinaus, der dann eilig ankam, ihm eine Münze gab und ihn veranlaßte, weiterzufahren.

Um die Häuser dehnten sich gewöhnlich zwischen Rosenpallieren breite Gartenwege, und jenseits dieser Streifen von glitzernden, zermahlenden Muscheln lag zwischen lotharbenen

Inseln der Hafn — wie ein Saphir auf der wettergebräunten Hand eines Seemannes. Manchmal stahl Porgy sich auch eine Stunde von seiner täglichen Rundfahrt ab, um hier den großen, stumpfnäsigen Dampfer abzuwarten, der langsam aus dem Unbekannten auftauchte und dann unter dem Soufen des abgelassenen Dampfes und dem Rasseln verrosteter Ankerketten zur Ruhe kam.

„Was hat Gott doch für einen langen Arm!“ murmelte er dann wohl vor sich hin — oder: „Ein recht armseliges Ding bist du doch eigentlich, Porgy!“

An anderen Tagen wieder begab er sich in enge Geschäftsstraßen mit ihren unwahrscheinlich großen Schaufenstern, fuhr dicht an der Bordschwelle zwischen die hohen Wagen der Käufer und erhielt das Kupfergeld, das sie beim Wechseln herausbekamen, und das für so feine Leute wie sie keinen Wert hatte. Immer warfen freundliche Hände Münzen in seine Tasse und schickten ihn eiligst weiter . . .

Das waren die großen Tage für Porgy, und groß waren auch die Abende, wenn er seine Abenteuer dem neidischen Kreise erzählte, der sich in der Dämmerung auf dem Hof um ihn sammelte.

Eigentlich aber war Porgy eine Trümnernatur, und selbst damals gab es Momente, wo er voll sehnsüchtigen Verlangens an jene ungestörten Stunden zurückdachte, da er in Betrachtung versunken dagesessen und nicht gefühlt hatte, daß die Zeit vorrann . . . Eines Tages, so redete er sich selbst ein, mußte er doch einmal einen Menschen finden, dessen Mitleid so groß war, daß er beiden, Porgy und seinem Ziegenbock, ein Plätzchen neben seiner Tür gönnte. Und dann würde das Leben wirklich vollkommen sein! . . .

Juni, und mit ihm die Zeit der Baumwollernte, war vorüber — der letzte Frachtdampfer am Horizont entschwand. Die großen Schuppen, die Land und Meer verbinden, lagen leer und verlassen da — nur das Echo der Wogen, die rastlos gegen die Bretterwände brandeten, erfüllte ihre weiten Hallen. Die Lastträger waren alle fortgezogen — einige nach den Plantagen, andere nach den Phosphatbergwerken, und wieder andere arbeiteten als Flußschiffer.

(Fortsetzung folgt.)

Besondere Organisation der Arbeitslosen in England.

(IGB) Schon im Jahre 1927 unternahm der Generalrat des Britischen Gewerkschaftsbundes (TUC) Schritte zur örtlichen Erfassung der Arbeitslosen in besonderen Vereinigungen. Zu diesem Zwecke wurden probeweise in sechs Orten solche Arbeitslosen-Zentralen errichtet. Die im Zusammenhang damit ausgearbeiteten Empfehlungen des Generalrates wurden jedoch nach Behandlung der Frage auf dem Gewerkschaftskongress des Jahres 1927 in Edinburg nicht weiter verfolgt. Diese Arbeitslosen-Vereinigungen sollen nicht außerhalb der Bewegung stehen, sondern im Gegenteil in engster Zusammenarbeit mit den beschäftigten Arbeitern einen Teil der Bewegung ausmachen. Ein vom Generalrat des TUC kürzlich aufgestellter Plan billigt wohl die Gründung von speziellen Arbeitslosen-Vereinigungen, sie sollen jedoch auf Grund einheitlicher Statuten wirksam sein und organisatorisch direkt in den Verwaltungsapparat der Gewerkschaften eingebaut werden. „Das Ziel dieser Bestrebungen ist, die durch die Arbeitslosigkeit entstehenden Uebel zu bekämpfen, auf dem Gebiete der Arbeiterbildung und der Gestaltung der Freizeit spezielle Anordnungen für die Arbeitslosen zu treffen, den gewerkschaftlichen Apparat zu benutzen, um gegenüber der Regierung und den lokalen Behörden die Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung zu fördern und allgemein dafür zu sorgen, daß den Arbeitslosen ein möglichst hoher Lebensstandard gesichert bleibt. Endlich sollen diese Vereinigungen auch spezielle Vorkehrungen zur Verteidigung der rechtlichen Ansprüche der Arbeitslosen treffen.“

Wie bereits gesagt, sollen die Vereinigungen unter Leitung der Gewerkschaftskartelle arbeiten, wobei gemeinsame Sekretäre ernannt werden sollen, und zwar je ein Sekretär vom Gewerkschaftskartell und von den Mitgliedern der Arbeitslosen-Vereinigung. Vertreter der Exekutiven der Gewerkschaftskartelle sollen in die Exekutiven der Arbeitslosen-Vereinigungen entsandt werden. Die Vereinigung soll ihrerseits das Recht haben, Vertreter zur Teilnahme an den Exekutivsitzen des Gewerkschaftskartells zu ernennen.

Ueber den jetzigen Stand der Bewegung schreiben die „Industrial News“, das Organ des TUC, u. a.: „Das im ganzen Lande durch den Plan des TUC zur Gründung von Arbeitslosen-Vereinigungen unter der Leitung der Gewerkschaftskartelle hervorgerufene Interesse ist so groß, daß es nötig geworden ist, große Mengen der vom Generalrat ausgearbeiteten Muster-Statuten zu drucken und zu verbreiten. Als der Plan des Generalrates in Angriff genommen wurde, gab es bereits etwa 30 Arbeitslosen-Vereinigungen, inzwischen sind 20 neue Organisationen gegründet worden. Täglich kommen aus allen Teilen des Landes Gesuche um Informationen ein. Alle Orte, wo bis jetzt noch keine Schritte zur Organisation von Arbeitslosen-Vereinigungen unternommen worden sind, sollten sich an die Arbeit machen, und in die Front jener einrücken, die für eine anständige Lebenshaltung der Arbeitslosen kämpfen!“

Zu dieser Frage der besonderen Organisation der Arbeitslosen hat der ADGB in seiner Bundesausschußsitzung am 22. März 1932 Stellung genommen und erklärt: „Eine besondere Organisation der Arbeitslosen kommt nicht in Frage.“ In dem Bericht über diese Sitzung heißt es in der „Gewerkschaftszeitung“:

„Zur geistigen und materiellen Betreuung der Arbeitslosen bei der Beschaffung von Mitteln und Arbeitsmöglichkeiten leisten die Ortsausschüsse bereits Außerordentliches. Gewerkschaftliche Arbeitslosenausschüsse werden für die zweckmäßige Zusammenfassung der Arbeitslosen zu empfehlen sein. Die Verbindung mit allen Stellen, die sich der Fürsorge für die Arbeitslosen widmen, sollte von den Orts-

ausschüssen besonders gepflegt werden. Die jugendlichen Arbeitslosen müssen mit besonderer Hingabe betreut werden.“

Die Gründe der Ablehnung gehen aus diesem Bericht nicht hervor. Das Schweigen läßt uns vermuten, daß sie darin bestehen, daß eine besondere Organisation der massenhaften Arbeitslosen einen zu starken Druck für ihre Interessenvertretung auf die gewerkschaftlichen und politischen Leitungen auszuüben in der Lage wäre.

Ein solcher Druck hätte sicher dem Krisenkongress des ADGB einen anderen Charakter geben können. Für eine besondere Organisation der Arbeitslosen spricht ferner die alte Wahrheit, daß jede Interessentengruppe ihre Interessen selbständig mit mehr Nachdruck vertritt, als wenn ihre Interessen von anderen Vertretern nur mit „vertreten“ werden.

Es gibt aber auch berechtigte Gründe, die gegen besondere Organisationen der Arbeitslosen sprechen, z. B. die Vertiefung des Spaltes zwischen Arbeitenden und Arbeitslosen. Die Arbeitslosen werden damit geradezu als besonderer Stand firmiert. Dem solidarischen Kampf der Arbeiterklasse erwachsen damit verstärkte Schwierigkeiten. Zwischen den Arbeitslosen und Arbeitenden bildet sich leicht ein starker Interessengegensatz heraus, der bei der Durchführung sachlich berechtigter wirtschaftlicher Maßnahmen fast unüberwindliche Schwierigkeiten schaffen kann. Zum Beispiel beim Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit zu Gunsten von Neueinstellungen Arbeitsloser. Unzweifelhaft sind die in einem Beruf und einer Gewerkschaft enger verbundenen Menschen leichter zu solidarischem Handeln zu bewegen, als wenn dieses organisatorische Band zwischen ihnen gelockert oder so gut wie ganz beseitigt wird. Die Solidarität innerhalb der Arbeiterklasse ist ein so wertvolles Gut, daß es nicht hoch genug geschätzt werden kann, weil nur mit Hilfe des solidarischen Kampfes das Proletariat aus seiner Ausbeutung befreit werden kann. Um die Erschwerung des solidarischen Kampfes zu vermeiden — und auch aus anderen Gründen noch — sind wir deshalb gegen die besondere Organisation der Arbeitslosen. Das enthebt uns aber nicht der Aufgabe, die Erfahrungen, die die englischen Genossen machen, aufmerksam zu verfolgen. Und vor allem erwächst uns die Aufgabe, für eine einigermaßen befriedigende Lösung des Arbeitslosenproblems innerhalb der Gewerkschaften zu sorgen. Und was noch wichtiger ist: Die arbeitenden Kollegen sollen endlich die Gewerkschaften mit etwas mehr Angriffsgelbst gegenüber den kapitalistischen Unternehmern erfüllen; dann ist den arbeitslosen Kollegen doppelt gedient: Ihre materielle Lage ist verbessert und auch ihre seelische: sie fühlen sich eingeordnet in die Reihe solidarischer Kämpfer. Fritz Grob.

Vor gewaltigen Aussperrungen in England. 200 000 Textilarbeiter bedroht.

m London, 27. April.
Der Hauptausschuß des Verbandes der englischen Baumwollspinner und -fabrikanten hat einstimmig beschlossen, den Arbeitgebern die Kündigung der bisherigen Lohn- und Arbeitszeitverträge zu empfehlen. Dieser Schritt ist die Antwort auf die in der letzten Woche erfolgte Weigerung der Textilgewerkschaften, eine Lohnherabsetzung zu eröffnen. Von der Kündigungsmaßnahme werden rund 200 000 Arbeiter betroffen werden.

Die Manteltarifverhandlungen bei der Mansfield AG sind gescheitert. Die Parteien wollen nun den Schlichter anrufen.

Einigung in der GDA-Druckerei.

Es wird abgebaut — wenn auch etwas „gemäßiger“. Der Konflikt in der GDA-Druckerei R. Boll GmbH. ist gestern durch Verhandlungen zwischen dem Betriebsrat und der Geschäftsleitung beigelegt worden. Die Firma hatte einen Abbau der übertariflichen Verdienste um 50 Prozent gefordert, den sie dann auf 35 Prozent herabsetzte. Zur Durchsetzung ihrer Abbauwünsche hatte die Geschäftsleitung 18 Mann zum Freitag voriger Woche gekündigt, worauf die 225 Köpfe zählende Belegschaft mit der Gegenkündigung antwortete. Seit Sonnabendfrüh ruhte die Arbeit in diesem gewerkschaftlichen Betrieb.

In den Verhandlungen am Montag erklärte die Geschäftsleitung schließlich, alle Verdienste, die nicht höher als 5 Mark über dem Tariflohn liegen, unverändert weiterzahlen zu wollen, während sie die 5 Mark übersteigenden übertariflichen Verdienste anstatt um 35 Proz. um 12½ Proz. kürzen will. Der Belegschaft wurde die volle Wiedereinstellung zu den alten Rechten und die Anerkennung ihres alten Betriebsrates zugesagt.

Dieses Verhandlungsergebnis wurde gestern von einer Belegschaftsversammlung angenommen, worauf heute morgen die Arbeitsaufnahme erfolgte.

Die Forderungen der (gewerkschaftlichen!) Unternehmer sind hier zwar nicht annähernd so erfüllt worden, wie sie es geplant hatten — aber es hat eben doch ein Lohnabbau stattgefunden. Solange die Gewerkschaften nicht gegen den leisen Versuch des irrsinnigen (auch nach der Theorie der Gewerkschaften!) Lohnabbaus entschieden und nachdrücklich Front machen, wird hier gewiß nicht Wandel geschaffen. Die Unternehmer fordern erst 50 Prozent, dann 35 Prozent Abbau — schließlich sind 12½ Prozent noch ein „beachtliches“ Entgegenkommen der Unternehmer.

Der vierte Strafsatz des Reichsgerichts verurteilte Sattler HÖRIG aus Chemnitz wegen „Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens“ und wegen schwerer Urkundenfälschung (§ 268 Str.G.B.) zu einem Jahr, neun Monaten Gefängnis. HÖRIG hatte an viele Personen mit der Post Flugblätter und Zeitungen versandt mit der Aufforderung, dem Roten Frontkämpferbund beizutreten (!), und mit der Aufforderung zum gewaltsamen Umsturz und zur Bewaffnung des Proletariats. Die Urkundenfälschung wurde in der Angabe falscher Absender auf den Briefen erblickt.

Das Schnellverfahren gegen die NS LEY, FUCHS u. a., die WELS überfallen hatten, findet am Mittwoch noch nicht statt, da WELS, der als Zeuge vernommen werden soll, nicht reisefähig ist. LEY und FUCHS sind aus der Haft entlassen worden, da Fluchtverdacht und Verdunkelungsgefahr nicht vorliegen. (Mitteilung der Justizpressestelle Köln.)

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Göttingen: Freitag, den 29. April, 20.15 Uhr, im kleinen Saal des Volksheims. Thema: „Die politische Lage und der 1. Mai.“

Freie Aussprache! Eintritt frei!

Berlin: Freitag, den 29. April, um 20 Uhr, im „Hackeschen Hof“, Rosenthaler Straße 40 (Nähe Bahnhof Börse): Öffentliche Mai-Kundgebung.

Hannover: Malfelder am 30. April, 20 Uhr, in der städtischen Saalwirtschaft, Gartenallee 1. Revue mit Lichtbildern: „Ins Elend hinein... Aus dem Elend heraus!“ Redner: Karl Eckerlin (Kassel). Eintritt: 30 Pfennig, Erwerbslose 20 Pfennig.

Bücher. Station 3.

(Von Johannsen, im Volksverband der Bücherfreunde, Berlin 1931.)

Kt. Eine Geschichte von einem jungen Arbeiter, der nach langer Erwerbslosigkeit in der Station 3 eines Elektrizitätswerkes Arbeit bekommt. Auf dieser Station sind nur sechs Mann und der Meister beschäftigt. Sechs Mann nur, und doch findet DIETRICH, der Neue, so viele Widerwärtigkeiten, Boshaftigkeit und Herrschsucht bei dem Meister, bei den Kollegen Unanständigkeit gegen einander und Angeberei. Und das ist das Schlimme: Man kommt in diesen Schmutz hinein, ohne es zu merken. Man ertappt sich plötzlich dabei, wie man dem Meister schmeichelt, und man heißt sich auf die Zunge. Zuerst bockt DIETRICH noch wie jeder Neue gegen den Meister, wird aber bald zum neidischen Erstaunen der Kollegen und zu seiner eigenen Verwunderung dessen „Bester“. Doch nicht lange bleibt er „Bester“, weil er den Schmutz satt hat. Er geht.

All das Häßliche, und all das, was die notwendige Arbeitssolidarität zerstört, all das hat JOHANNSEN richtig gesehen. Seine Schilderung der Menschen aber befriedigt nicht, sie ist oft konstruiert, ohne Wärme. Seine Art, das Leben darzustellen, geht nicht recht in die Tiefe. So z. B. in seinen gelegentlichen unzulässig verallgemeinernden Ausfällen gegen die Frauen: Weiblich ist da, wer Intrigen spinnt und kriecht. Nein, Herr JOHANNSEN; so einfach liegt die Sache nicht! Auch Männer können kriechen.

Von drei Millionen drei.

(Von Leonhard Frank, im S. Fischer-Verlag, Berlin 1932.)

Drei Erwerbslose fliehen aus dem Elend ihrer kleinen Heimatstadt. Mit 100 englischen Pfund, die sie auf ihrer Wanderschaft von einem verrückten Engländer bekommen, geben sie voller Hoffnungen nach Süd-Amerika. Sie bleiben dort nicht lange. Das Ungehörige Wirtschaftsrisiko erreicht sie auch in Süd-Amerika. Die drei Ausländer werden zuerst

auf die Straße gesetzt. Nach ein paar sorgenfreien Wochen müssen sie wieder hungern. Einer von den dreien stirbt, und eine merkwürdige Revolutionsregierung verfrachtet die beiden anderen als Kommunisten nach Deutschland. Sie stehlen sich in Marseille vom Schiff; denn sie wollen nicht nach Deutschland. Deutschland bedeutet für sie endgültig Lumpendasein. Sie stolchen durch Frankreich, Italien, durch die Schweiz und landen doch wieder in Deutschland, in Berlin. Hier werden sie wirklich zu Lumpen. Sie, die ja die Krise durch die Welt haben marschieren sehen, haben tausendmal weniger Hoffnung als so viele ihrer Elendskameraden. Sie verlieren hier den letzten Rest einer Hoffnung auf Besserung, einer Hoffnung, die nicht vorantreibend, sondern für sie schwelend, bedrückend war. Die Schilderung des Erlebnisses in Berlin ist das Beste in dem Buch. Packend und lebendig sind die Gestalten gezeichnet.

Dürfen wir uns mit diesen Büchern zufrieden geben? Nein! Wir können weder die Romantik gebrauchen, mit der JOHANNSEN den DIETRICH vor den Widerwärtigkeiten flüchten läßt auf eine grüne Wiese — weit weg; noch taugt die dumpe Resignation etwas, jenes kampflöse Sichfügen der Belden aus FRANKS Buch. Die formvollendete Darstellung des Elends enthält keine Lösung. In beiden Büchern kein befreiender Aufschrei, kein Sich-aufbäumen, das zum Protest der Massen gegen das gemeinsame Elend wird. Kein Glaube an eine Aenderung; kein Wille zum Kampf!

Schlacht vor Kohle.

(Von Hans Marchwiza, im Internationalen Arbeiter-Verlag, Berlin 1931.)

Was wir bei diesen beiden Büchern vermissen, jenen Schwung, jenen Glauben an etwas Neues, an den Erfolg sozialistischer Arbeit läßt dieses Buch spüren.

Es ist ein Buch aus dem Ruhrgebiet, von Arbeitern, Arbeiterfrauen, von der Angst um den Erwerb, und von dem Kampf für eine gerechte Sache. Hinter diesen Schilderungen steckt eigenes Erleben des Verfassers. Die Massenzonen reißen mit. Das ist das Gute an dem Buch.

Aber MARCHWITZA beschreibt häufig die Menschen (den bourgeoisen Gegner stets) auf primitive Art und einseitig;

er zeichnet fast nur schwarz-weiß. Der Stelger ist nur ein Schweinepriester, nur das! Dieser Schematismus ist gefährlich! Warum muß auch das Buch eine Propagandaschrift für die RGO sein wollen? Kunst wirbt für sozialistische Arbeit am besten, wenn sie nicht als politisches Flugblatt, als Tagesparole dargeboten wird. Dafür geben uns die neue russische Literatur und der russische Film viele Beispiele. Bei MARCHWITZA merkt man sehr deutlich, daß das Buch im Parteilerverlag erschienen ist.

Wissen Sie, ich bin ein Genießer.

Einem Studenten habe ich einige Zeit Probenummern des „Funken“ gebracht.

Nun, wie gefällt Ihnen der „Funke“? fragte ich endlich. „Ja, wissen Sie, der Wirtschaftsteil ist ja ganz gut, aber der übrige Teil ist manchmal so seltsam... Z. B. tritt der „Funke“ für Vegetarismus ein. Selbst wenn die Tiere ein Recht hätten... Wissen Sie: ich bin ein Genießer...“

Kindersorgen.

J. P. Im ersten Schuljahr konnte ich 6 und eu nicht auseinanderhalten. Zum Unglück wurde das erste Diktat über 6 und eu geschrieben, und auf Grund dieser Niederschrift sollten wir unsere Klassenplätze bekommen. Mindestens sechs Fehler fielen mir auf dem Heimwege ein. Das bedeutete einen der untersten Plätze, nach meinem Gefühl eine große Schande.

Aber warum so verzagt? Hatten wir nicht in der Religionstunde gelernt, Gott erfülle alle Gebete der Bedrängten, wenn sie nur aufrichtig seien; denn bei Gott sei kein Ding unmöglich? Den ganzen Heimweg, abends im Bett und morgens auf dem Schulweg betete ich inbrünstig: „Lieber Gott, radiere meine Fehler aus!“ Im Vertrauen auf seine Hilfe nahm ich das Heft zurück. Sieben Fehler, Ungenügend! Letzter Platz! — Da fiel die Kindergläubigkeit von mir ab. Ich sah, daß ich meinen Weg allein finden mußte, ohne Gott, betrogen von den Lehrern, auf deren Wort ich gebaut hatte.

Die RGO bei den Schauspielern.

E.L. Anfang April fand in Düsseldorf die diesjährige Vertreterversammlung der dem Afa-Bund angeschlossenen „Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger“ statt. Auch die Tagung dieser Gewerkschaft, der etwa 11 500 Mitglieder angehören, stand unter dem Zeichen energischer Versuche der RGO, die von ihr in anderen Gewerkschaften erprobte Taktik der Spaltung auch hier anzuwenden. Die der RGO angehörigen Vertreter verlangten die politische Aktivierung der Genossenschaft im Sinne der Kommunistischen Partei, da nach der von ihnen vertretenen Auffassung auch gewerkschaftliche Kämpfe nur politisch und also nach kommunistischer Auffassung unter Führung einer Partei geführt werden könnten. Der zweite Vorsitzende der Genossenschaft, Orro, der im übrigen wie der gesamte geschäftsführende Vorstand eine recht reformistische Politik im Sinne der SPD zu treiben pflegt, wandte sich mit großer Schärfe gegen diese Spalter und ihre Versuche, die wirtschaftlichen und künstlerischen Zwecken dienende Genossenschaft zum Tummelplatz parteipolitischer Experimente zu machen. In der Aussprache verlangten eine ganze Anzahl von genossenschaftstreuen Vertretern, daß die Vertreter der RGO überhaupt ausgeschlossen werden

sollten, wie es schon in einer Reihe von Fällen wegen die Genossenschaft schädigenden Verhaltens geschehen sei. — Bisher ist ein solcher Beschluß nicht gefaßt worden.

Bemerkenswert an dieser Tagung ist noch eine kampfbereite Entschließung gegen den Deutschen Bühnenverein, die Organisation der Arbeitgeber der Schauspieler, der den zwischen ihm und der Bühnengenossenschaft bestehenden Tarifvertrag gekündigt hat. Durch diesen Tarifvertrag war der Willkür der Bühnenleiter Einhalt geboten, die früher infolge der durch die besonderen Verhältnisse des Theaterbetriebes bedingten Abhängigkeit der Schauspieler von ihren Arbeitgebern unbegrenzte Herrscher über die wirtschaftliche und künstlerische Existenz der Schauspieler waren. Die Entschließung hat folgenden Wortlaut:

„Die Vertreterversammlung weist den Versuch des Deutschen Bühnenvereins, durch Kündigung des Tarifvertrages und angekündigte Korrekturen der Tarifbestimmungen die Schauspieler in den alten Zustand der Hörigkeit und Sklaverei zurückzusetzen, mit flammender Entrüstung zurück und kündigt dem Deutschen Bühnenverein Kampf auf der ganzen Linie an.“

Für den „friedlichen“ politischen Kampf.

(Aus dem „Vertreter-Organ“): „Stahl-Schädelschützer D. R. G. M. Vertreter, welche Beziehungen zu den politischen Organisationen haben, überall gesucht. Metallwarenfabrik O. Scheibe, Gera.“

Rundfunksendungen, die wir zur Beachtung empfehlen.

Donnerstag, den 28. April.
Königswusterhausen:
19.00 Minister SCHIELE: Die Agrarpolitik der letzten Jahre.
Moskau (Wellenlänge 1304 und 1481 m):
20.00 Wochenrundschau und Briefkasten.

Freitag, den 28. April.
Berlin:
17.35 VALERIU MARCU: Von der französischen Revolution bis zum Wiener Kongreß.
Hamburg:
18.00 Prof. F. JAEGER: Literatur zur Beurteilung der chinesisch-japanischen Spannung. K. A. WITTFOGEL, Wirtschaft und Gesellschaft Chinas. LEDERER-SEIDLER, Japan-Europa. O. FRANKE, Geschichte des chinesischen Reiches. G. WEGENER, China, eine Landes- und Volkskunde.
Königswusterhausen:
18.30 Dr. POHL: Kann der Staat den Wirtschaftsverlauf beeinflussen? (Vergl. dazu das Sonderheft des „ISK“: Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.)
Langenberg:
18.15 Aus den „Chemischen Briefen“ JUSTUS VON LIEBIGS.

Sonnabend, den 29. April.
Langenberg:
19.30 Prof. H. KUEHN: Die älteste Kultur der Menschheit.
Mühlacker:
18.50 H. RICHTER: Tagebuchblätter von der Himalaya-Expedition.

Mai-Feiern des ISK:

BERLIN

Freitag, den 29. April 1932, um 20 Uhr, im „Hackeschen Hof“, Rosenthaler Str. 40-41, Nähe Bf. Börsen.

1. Musik.
2. Aufführung: „Und wir haben nichts dagegen getan!“ Von Andersen und Hickerson. (Szenen aus dem Prozeß gegen Sacco und Vanzetti).
3. Musik.
4. Rede: WILLI EICHLER.
5. Gemeinsamer Gesang: „Die Internationale“.

Eintritt: 30 Pf. Erwerbslose: 15 Pf.

BRAUNSCHWEIG

Am Sonnabend, dem 30. April, 20.15 Uhr, in der „Lesehalle“, Hintern Brüdern 23.

CHIYIN CHEN, SICHANGHAI, spricht:
„Für internationale, sozialistische Solidarität!
Gegen Kapitalismus und Ausbeutung!“

Musik: „Berichte, Resitationen.“

Eintritt: 20 Pf., Erwerbslose 10 Pf.

MAGDEBURG

Sonntag, den 1. Mai 1932, 20 Uhr, in den Apollo-Festsälen, Wallstraße 2a.

Rede: Nora Block, Bochum,
Revue: Die Internationale.

Eintrittspreis: 25 Pfg., Erwerbslose 10 Pfg.

ERFURT

Sonnabend, 30. April, 20 Uhr, Volkshaus Johannesstraße (Hauptgebäude, Zimmer 6).

Rede: Die Maiforderungen des Proletariats im dritten Krisenjahr.

Eintritt: 10 Pf., für Erwerbslose frei.

HAMBURG

Große öffentliche Mai-Kundgebung

am Sonnabend, dem 30. April 1932, bei Thomssen, Beim alten Schützenhof 4:

„Klassenjustiz!“

Szenen aus dem Sacco- und Vanzetti-Drama:
„Und wir haben nichts dagegen getan“
von Maxwell Anderson und Harold Hickerson.

Rede: Willi Eichler (Berlin).

Eintritt 20 Pf., für Erwerbslose 10 Pf.

Spezialöffnung 19.45 Uhr, Beginn 20.15 Uhr.

KÖLN

Samstag, den 30. April 1932, 20.15 Uhr, Großer Saal der Rheinlandloge, Cäcilienstraße 22 (Nähe Neumarkt).

Musik,

Szenen aus:

„Die Jungens von Mons“

von Friedrich Wolf.

Rede: Karl Hinkel (Frankfurt).

Eintritt: 30 Pfg., Erwerbslose 15 Pfg.

BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke“ vom ab zum Preise von monatlich 2.— RM zuzüglich Bestellgeld.

Name Ort
Straße und Hausnummer

Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internation. Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei u. Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

Unterstützt den „Funken“! Berücksichtigt die Inserenten des „Funken“!

Zeitschriften, Broschüren, Flugschriften, Plakate
stellt schnell, sauber und billig her
Oscar Wettig, Gelnhausen

Robert Peppmüller, Göttingen
Buchhandlung und Antiquariat
für moderne Literatur
Kataloge und Auskunft gratis!

ISK

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes

Erscheint in:
Deutsch, Englisch und Esperanto

Internationale Verlags-Anstalt G. m. b. H.
Berlin S 14, Inselstraße 8a.

MAGDEBURG

Pflanzen-Butter

(vegetabile Margarine)
garantiert reine Nuß-Fette

Sonder-Angebot:

Post-Päckchen 8 Pfd. netto nur 2,20 RM.
Frei Haus gegen Voreinsendung auf
Postscheck Magdeburg 179 24.

Frischkost-Reformhaus

Ernst Held, Magdeburg
Otto v. Guerickestraße 104.

Erstklassige Maßarbeit

Herren-Anzüge • Damen-Mäntel
Mäntel • Kostüme
/// Tadellosere Sitz ///

Schönheit
Magdeburg, Otto v. Guerickestraße 104, H. r. l.
Stoffmuster vorrätig.

BUROBEDARFSARTIKEL

Reparaturen und Reinigung
von Schreibmaschinen

A. H. TIMMERMANN

Hamburg, Barcastraße 8.
Telephon: 25 53 42

Sprechapparate

Koffer □ Schatullen □ Schränke

Schallplatten

für Konzert und Unterhaltung in
allen Preislagen

Otto Pfothhauer

Weimar, Röhrstraße 40
Verlangen Sie Angebote!

In einigen Tagen erscheint:

Indien

Von KARL HINKEL

in der Zange

Die wirtschaftliche Not eines grossen Volkes

Mit einer Karte und 9 Bildern. 156 Seiten.
Broschiert 3 Mark. in Ganzleinen 4 Mark.

In der Zange des englischen Imperialismus und des Indischen Kapitalismus eingeklemmt liegt Britisch-Indien

353 Millionen brauner Menschen sind — dank der Herrschaft der Indischen Religionslehren — preisgegeben der vereinten Ausbeutungsgier fremder Eindringlinge und einheimischer Unterdrücker

Die Unterdrückten in den vom Internationalen Kapitalismus versklavten Ländern fordern von uns

Internationale Gesinnung
internationale Aktivität!

AUS DEM INHALT:

Die wirtschaftliche Lage in Indien. Die Ursachen der wirtschaftlichen Ausbeutung und Armut in Indien. Die Grundprinzipien zur Beseitigung d. wirtschaftlichen Ausbeutung. Die Aussichten für die Durchführung dieser Massnahmen.

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstr. 8a

Rüstungswahnsinn in Zahlen.

Der Völkerbund hat die offiziellen Rüstungsausgaben der sieben Großmächte für die Jahre 1909 bis 1930 in einer Statistik veröffentlicht. Danach gaben die sieben Großmächte zusammen für Rüstungen aus:

1909	9 405 Millionen Schweizer Franken
1918	12 423 Millionen Schweizer Franken
1930	14 345 Millionen Schweizer Franken

Zahlen für die einzelnen Länder:

	1909	1918	1930	
Frankreich	1 225	1 885	2 290	Mill. Schw. Franken
Großbritannien	1 575	1 925	2 305	Mill. Schw. Franken
Rußland	1 678	2 814	2 895	Mill. Schw. Franken
Japan	491	537	1 270	Mill. Schw. Franken
Italien	600	737	1 200	Mill. Schw. Franken
Deutschland	1 611	2 570	850	Mill. Schw. Franken
Vereinigte Staaten	2 225	2 455	3 553	Mill. Schw. Franken

Ein Schritt zur Verständigung. Aktive Donaupolitik.

u Belgrad, 26. April.

Wie aus gut unterrichteter Quelle verlautet, beabsichtigt die jugoslawische Regierung mit Rücksicht auf die Bestrebungen zur Bildung eines Donaublocks die Einleitung einer milderer Politik gegenüber der ungarischen Minderheit. Sie hat die Absicht, besonders in der Frage des Volksschulwesens gewisse Zugeständnisse zu machen. So sollen eine Anzahl ungarischer Lehrer wiederingestellt und andere, die an slowakische Schulen versetzt worden waren, in ungarische Schulen zurückversetzt werden. Auch hinsichtlich der kulturellen Veranstaltungen der ungarischen Minderheit soll den Behörden die Weisung gegeben worden, zukünftig mehr Duldung an den Tag zu legen.

Ein Wiener Branntweinladen hing zum „Vatertag“, dieser neuen Erfindung geschäftstüchtiger Leute, nachdem der „Muttertag“ anscheinend nicht mehr ausreicht zur Reklame, folgenden Vers aus:

„Liebe Kinder!

Denkt an den Vater, der euch liebt,
Sich plagt und's Brot euch täglich gibt.
Und so wie ihr oft braucht 'nen Klaps,
Braucht er zuweilen ein Gläschen Schnaps.“

Reichstag am 9. Mai. NS wollen ihn auflösen.

h Berlin, 26. April.

Der Ältestenrat des Reichstages hat die Einberufung des Reichstages auf den 9. Mai beschlossen. Beginn der Sitzung

Aus der Tagesordnung: Schuldentilgungsgesetz (Verlängerung der KREUGER-Anleihe). Politische Aussprache (erste Lesung des Haushalts für 1932).

Anträge, und zwar:

der NS auf Auflösung und Neuwahl des Reichstages; der Kommunisten zum Fall KREUGER (Interpellation).

Neuer Preußen-Landtag und Kabinett.

Weshalb am 24. Mai?

Aus der amtlichen Mitteilung der Gründe: Der Landtag kann nicht, eher zusammentreten, bis ein amtliches Wahlergebnis zusammen mit den Annahmeerklärungen der einzelnen gewählten Abgeordneten vorliegt. Gemäß § 35 des Landeswahlgesetzes verzögert sich die Feststellung des endgültigen Ergebnisses deshalb, weil die Erklärung der

Was lernt die Komintern aus der Niederlage der KPD?

„Von Erfolg zu Erfolg.“

Darüber geben folgende Sätze aus dem Leitartikel der „Prawda“ zu den Preußenwahlen Aufschluß (zitiert nach der „Roten Fahne“):

„Der Umstand, daß es die Kommunistische Partei nicht verstanden hat, jene hunderttausende Arbeiter zu gewinnen, die sich von der Sozialdemokratie abwenden, beweist, daß sie weitaus noch nicht genug getan hat, um den Massen den Verrat der Sozialdemokraten aufzudecken, und daß sie sich noch nicht klar und deutlich genug der Sozialdemokratie gegenüberstellt. . . .

Im Kampf gegen die Durchführung der faschistischen Diktatur identifiziert die Kommunistische Partei Deutschlands nicht etwa die Nationalsozialisten und die Sozialdemokraten, obwohl diese wie jene die faschistische Diktatur, wenn auch mit verschiedenen Methoden, durchführen. Die Kommunistische Partei nutzt jene Differenzen aus, die zwischen diesen beiden Organisationen der Bourgeoisie bestehen, wogegen diese Meinungsverschiedenheiten vom prinzipiellen Standpunkt aus unbedeutend und nicht von entscheidender Natur sind. . . .

Es ist keine Veranlassung, zu glauben, daß die jetzige Verzögerung des Wachstums der revolutionären Kräfte des deutschen Proletariats eine lange sein wird. Die ganze Lage zeigt, daß eine neue Wendung der breiten Massen zur kommunistischen Partei sehr schnell eintreten kann (!). Die Kommunisten müssen alle Kräfte aufbieten, um diese Wendung zu beschleunigen. . . .

Die Kommunistische Partei ist in den letzten zwei Jahren von Erfolg zu Erfolg marschiert. . . . Die jüngsten Vorgänge haben gezeigt, daß der Weg des Kampfes für die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse nicht ein direkter Weg unablässiger Siege ist. . . .

Die Kommunistische Partei Deutschlands zieht aus den preußischen Landtagswahlen alle Lehren, um eine entscheidene Wendung der Massen zur Kommunistischen Partei . . . zu erzielen.“

Gerade diese Äußerungen geben alle „Veranlassung, zu glauben, daß die jetzige Verzögerung des Wachstums der revolutionären Kräfte des deutschen Proletariats eine lange sein wird“. Denn dieser Artikel zeigt jedenfalls, daß die Komintern nichts Wesentliches gelernt hat: sie setzt ihre Politik des bloßen Trommelns, der bloßen Propaganda und „Entlarvung“ der SPD fort. Und ihre Erklärung über das Nicht-Identifizieren der SP und der NS ist nicht geeignet, den Massen das Auseinanderhalten dieser beiden Gegner zu erleichtern.

Das ZK der KPD dementiert die angebliche Äußerung THÄLMANNs gegenüber dem Berliner Korrespondenten der „Daily Mail“. Das ZK der KPD erklärt, daß keine Unterredung zwischen THÄLMANN und einem englischen Korrespondenten stattgefunden habe.

Provozierendes Demonstrationsverbot.

Klagges gegen den 1. Mai.

p Braunschweig, 26. April.

„Im Hinblick auf die Häufung der Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel und die dabei zutage tretenden zahlreichen Verstöße gegen die öffentliche Ruhe, Sicherheit und Ordnung“ hat das braunschweigische Staatsministerium bis auf weiteres alle Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel verboten. Von diesem Verbot

sind die Aufzüge von Schulen oder einzelnen Schulklassen, Aufzüge von Kriegervereinen und von Vereinen Angehöriger ehemaliger deutscher Regimenter ausgenommen.

Die Ausnahme für die Kriegervereine enthüllt die Willkür der KLAGGESSCHEN Politik. Womit wird diese Ausnahme begründet?

einzelnen Parteien abgewartet werden muß, welche ihrer Kandidaten der Landesliste zu Abgeordneten vorgeschlagen werden; denn während früher die Abgeordneten der Landesliste automatisch aufrückten, ist jetzt unter Außerachtlassung der Reihenfolge die Bestimmung der Abgeordneten aus der Landesliste den Entscheidungen der Parteien vorbehalten. Der Landeswahlleiter muß deshalb erst eine achtstägige Entscheidungsfrist der Parteien abwarten, ehe er an die einzelnen Abgeordneten mit der Frage herantritt, ob sie die Wahl auf der Landesliste annehmen. Endlich kann der Landtag weder unmittelbar vor noch unmittelbar nach Pfingsten (15. und 16. Mai) einberufen werden.

Das Kabinett wird am 24. Mai dem Landtag seinen Rücktritt mitteilen. Der Amtliche Preußische Pressedienst teilt mit:

„Bis zur Neuwahl des Ministerpräsidenten und der Uebernahme der Geschäfte durch eine neue Regierung ist das Staatsministerium auf Grund des Artikels 59 der Verfassung verpflichtet, im Amte zu bleiben.“

Der Parteivorstand der Preußischen Zentrumsparlei tritt am Sonnabend dieser Woche in Berlin zu einer Sitzung zusammen. An ihr wird auch der Vorsitzende der Reichspartei des Zentrums, Prälat KAAS, teilnehmen.

GROENERS Besuch bei HINDENBURG am Dienstag dauerte mehrere Stunden. Gleichwohl sagt die amtliche Mitteilung nichts weiter als: „Der Reichspräsident empfing heute nachmittag den Reichsminister GROENER zum Vortrag.“ Die Mitteilungen, die von „gut unterrichteter Seite“ über das Ergebnis der Unterredung gemacht worden, stimmen darin überein, daß eine endgültige Entscheidung in der „Reichsbanner“-Frage erst nach Rückkehr BRÜNNINGS herauskommen wird, daß aber mit einem Verbot nicht gerechnet wird.

Der oldenburgische Landtag wird am 29. Mai neugewählt, da der bisherige durch den Volksentscheid vom 17. April aufgelöst ist.

Der Fernsprechverkehr Deutschland—Südatrika ist am 25. April eröffnet worden. Er geht über die Funkverbindung London—Kapstadt. Ein Dreiminutengespräch kostet 147 Mark.

Die Gesellschaft für politische Theorie bittet uns mitzuteilen:

Kurt Hiller liest auf Einladung der Gesellschaft für politische Theorie am Freitag, dem 29. April, abends 8 Uhr, im Ernst-Haeckel-Saal, in den Zeiten 9a, aus seinem neuen Buch: „Der Sprung ins Hölle.“ Anschließend findet eine Aussprache statt.



Von B. Travençolo

(Erschienen in der Büchersilde Gutenberg)

(2. Fortsetzung.)

Er begann nun, alles das wieder aufzuzählen, was er schon dem Licenciado Pallares gesagt hatte, über die Orangenbäume und Nußbäume und über die späteren Geschlechter, die ihm vorwerfen werden, daß er übel für sie gesorgt hätte, und daß sie verhungern müßten, weil er das Land weggegeben habe.

Aber als er sich erinnerte, daß er das alles schon früher einmal zu jemand erzählt hatte, und als er sah, daß seine Worte auch nicht den geringsten Eindruck auf Senor Perez machten, als er erkannte, daß Senor Perez, obgleich er ein Licenciado war, gar nichts verstand von Land und Pflichten und von allen den Sachen, die Hacinto so wichtig erschienen, da fiel ihm etwas Neues ein, bisher hatte er, wenn er von denen sprach, die nachkommen würden und essen wollten, nur an seine eigenen Kinder gedacht und nur an Nachkommen im allgemeinen.

Jetzt aber, als ob ihn jemand auf dem reinen Wege der Gedankenübertragung daran erinnert hätte, kam ihm zum Bewußtsein, daß er ja noch viel größere Pflichten habe. Höhere Pflichten als die für seine eigenen Nachkommen. Was sollte denn aus seinen Compadres, aus seinen Comadres werden? Was aus den sechzig Familien, die auf der Hazienda lebten? Sie würden alle enterbt, entlandet, entwurzelt, wenn er die Hazienda verkaufte. Sie alle waren ja seine Kinder, seine Schützlinge, seine Münder, seine Pflegebefohlenen. Wie konnte er sie verlassen und ihnen das Land nehmen? Sie waren sein Blut und seine Seele gleich seinen lieblichen Kindern. Und alle werden doch eines Tages begraben und

gefolgt werden von denen, die auch ihnen nachkommen werden und Land benötigen, um in der Welt sein zu können.

„Nein, ich kann die Hazienda nicht verkaufen, Licenciado.“ Er sagte es jetzt noch bestimmter als vorher. „Die Hazienda gehört nicht mir, sie gehört auch meinen Compadres. Was sollen die denn tun?“

Senor Perez zündete sich eine Zigarette an, spielte eine Weile mit dem Wachsfädchen, als ob er nach der besten Antwort suche, um Hacinto mit einem Satze dauernd zu schlagen.

Als er das Fädchen ganz zermürbelt hatte, sagte er: „Die Leute? Die können alle in den Kamps arbeiten. Verdienen viel mehr als hier auf der Hazienda. Was haben sie denn hier? Fünfzig Centavos den Tag. Vielleicht achtzig. In den Kamps verdienen sie fünf Pesos, acht Pesos und arbeiten nur acht Stunden. Haben es viel leichter. Können sich Stiefel kaufen und ihren Frauen seidene Kleider und Lack-schuhe und parfümierte Seife. Wenn sie sparen und nicht alles vertrinken, können sie sich bald einen Laden kaufen.“

Hacinto verstand das nicht. Er wußte gar nicht, wovon geredet wurde. In seinem Kopf war immer nur ein Gedanke, ein einziger Gedanke. Aber dieser eine Gedanke war so stark, daß er für ihn die ganze Welt und alle ihre Probleme umfaßte und erklärte. Alle Fragen wurden in diesem einen großen Gedanken für ihn endgültig gelöst. Er konnte diesen Gedanken nicht mit den schönen Worten des Dichters ausdrücken, auch nicht mit den verschnörkelten Sätzen eines Gelehrten und nicht mit dem Zahlengewirr eines Volkswirtschaftlers. Er konnte ihn immer wieder nur in einem kurzen schlichten Satze hersagen: „Aber sie haben doch kein Land mehr, und sie können doch keinen Mais anbauen.“

Das Wort Mais war für ihn, den Indianer, derselbe Ideenbegriff wie für den Europäer das Wort: „Unser täglich Brot gib uns heute“. Heute, heute, lieber Gott; denn wir können nicht bis morgen warten, wir haben heute Hunger, und wenn wir das Brot nicht heute haben, so sind wir morgen tot.

Für den Licenciado war aber das ewige Wiederholen desselben Satzes, den Hacinto wußte, langweilig. Hacinto wußte in der Tat keinen andern Satz, weil in dem Satze alle seine Weisheit verborgen lag, wie die Weisheit aller Menschen von

jeder wurzelte in dem Worte „Land ist Brot, und Brot ist Leben!“ Was brauchte es mehr!

Aber der Licenciado Perez wußte, daß man Mais überall kaufen könnte. Man brauche ja nur das Geld. Und das Geld kann man verdienen. Leicht verdienen. Für das Geld, das ihm die Company versprochen hatte, falls er den Kauf der Rosa Blanca durchsetzte, konnte er sich eine ganze Schiffsladung Mais kaufen. Mais, Mais und noch einmal Mais. An etwa anderes dachten alle diese stupiden Indianer nicht.

Dennoch; in aller Klugheit und in aller seiner Rechtsgelehrsamkeit dachte der Licenciado Perez nicht daran, daß der Mais doch gebaut werden müsse, wenn man ihn haben oder kaufen wolle. Irgendwo mußte der Mais doch gebaut werden. Aber der Licenciado lebte in einer andern Welt; wo man Mais und Land trennen konnte, ohne daß man daraus Probleme sich entwickeln sah. In einer Welt wie der seinen war die Beziehung Mais und Land, Menschen und Land völlig getrennt. In seiner Welt sagte man: „Was gehen uns die an, die nachkommen? Nach uns der Weltuntergang mit drahtloser Filmvorführung im Schlafzimmer. Land, Land, Land. Was ist Land? Wir brauchen das Land für Oel, damit wir unsere Automobile füttern können. Mais? Land für Mais? Zur Hölle mit diesem verblödeten Indianer! Wenn wir Mais gebrauchen, weil wir alles Land verölt haben, dann machen wir ihn mit der Maschine und kaufen ihn in Konservendbüchsen.“

„Hacinto“, sagte nun Senor Perez, vertraulich. Und er sprach eindringlich wie ein Mann, der auf seinen Bruder, der von Hause fortgelaufen ist, einreden mag, um ihn zur Rückkehr zu überreden, weil sich die Mutter die Augen ausweint. „Hacinto, nun seien Sie doch einmal vernünftig. Ich will Sie ja nicht betrügen.“

„Das glaube ich auch nicht, daß Sie das wollen“, antwortete Hacinto.

„Ich will das Land ehrlich kaufen von Ihnen, für einen guten Preis.“

„Aber, Senor Licenciado, ich kann doch das Land nicht — — —“

(Fortsetzung folgt.)

Die Ursache der indischen Wirtschaftsnot.

In Nr. 96 des „Funken“ haben wir die unsägliche Armut der indischen Landbevölkerung kennen gelernt. Welches sind die Ursachen dieser Armut?

Diese Ursachen sind mannigfaltiger Art. Der Raum eines Zeitungsartikels reicht nicht hin, sie alle darzustellen oder gar zu begründen. Ich verweise den interessierten Leser auf mein Buch „Indien in der Zange“, in dem ich den verschiedenen Ursachengruppen der indischen Wirtschaftsnot nachgegangen bin. (Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin. Erscheint in Kürze.)

Hier möchte ich die entscheidende Ursache der Armut dieses Landes zur Darstellung bringen.

Die indische Agrarverfassung.

Die Engländer haben nach Inbesitznahme Indiens in den unter ihre Verwaltung genommenen Gebieten den bisherigen Landeigentümern das Eigentumsrecht an Grund und Boden genommen und haben es auf die britische Regierung übertragen. Dem Staat gehört also, seinen Ansprüchen nach, das ganze bebaute und unbebaute Land. Es ist an die den Boden bearbeitende Bevölkerung teils direkt, teils durch Vermittlung von Großpächtern verpachtet.

Diese „Pächter“ und „Großpächter“ sind nun aber nicht bloße Pächter in dem für Europäer üblichen Sinn. Sie dürfen nämlich mit dem Land schalten und walten, wie sie wollen. Der Staat kann ihnen das Land nicht kündigen. Er kann aber — wenigstens in einem großen Teil des Landes — von Zeit zu Zeit die jährlich zu zahlende Pachtsumme neu festsetzen. Die sogenannten Pächter sind also eigentlich Grundeigentümer, und die Großpächter sind Großgrundeigentümer, deren Land zur Sicherstellung der Bodensteuer zugunsten der Regierung gewissermaßen hypothekarisch belastet ist.

Das Land gehört zwei Parteien.

Es gehört einmal dem Staat, der einen hohen Teil des Ertrages in Form der Bodensteuer in Anspruch nimmt. Und andererseits gehört es dem sogenannten Pächter, der in sehr vielen Fällen noch nicht identisch ist mit dem eigentlichen Bebauer des Bodens. Aus dieser Einrichtung des sogenannten „doppelten Landeigentums“ ergibt sich zum großen Teil der bedauernde Zustand der indischen Landwirtschaft.

Verschiedene Arten des Landpachtsystems sind von den Engländern nacheinander in den einzelnen Gebieten eingeführt worden. Heute kann man drei Arten des indischen Pachtwesens unterscheiden.

Das Semindarisystem.

Das Land wird in Form großer Güter einzelnen Großpächtern gegen eine bestimmte Abgabe überlassen. Diese Großpächter vergeben das Land in Parzellenpacht weiter an die eigentlichen Bodenbebauer.

Je nachdem, ob nun die Abgaben der Großpächter an den Staat ein für allemal festgelegt sind, oder ob sie von Zeit zu Zeit neu festgelegt werden, unterscheidet man das endgültig geregelte und das befristete Semindarisystem.

Das endgültig geregelte Semindarisystem ist in einem Fünftel der britischen Provinzen in Kraft. Die Abgabe des Semindars (des Großpächters) an die Regierung wurde im Jahre 1793 für dieses Gebiet auf zehn Elftel der damals von den Bauern erhobenen Bodensteuer festgelegt. Diese Summe wird von den Semindaren heute noch jährlich an die Regierung gezahlt. Die Summe, die von den Bodenbauern an die Semindare bezahlt werden muß, ist aber inzwischen meist um ein Vielfaches gestiegen. So entstanden gewaltige Gewinne der Semindare, der indischen Großgrundeigentümer.

Dabei ist interessant, daß sich in diese Gewinne teilweise bis zu 50 Zwischenpächter teilen. Keine dieser Mittelpersonen zahlt eine Bodensteuer. Diese zahlt nur der Bodenbebauer. Keine dieser Mittelpersonen — und ebenso wenig der Semindar selber! — zahlt aber überhaupt irgend welche Einkommenssteuer, da es außer der Bodensteuer eine Steuer auf landwirtschaftliches Einkommen nicht gibt.

Nachdem die englische Regierung erkannt hatte, welche Gewinne sie durch die endgültige Festlegung der Semindarpacht den Großpächtern in den Schoß warf, führte sie das befristete Semindarisystem ein. Dieses gilt heute in etwa einem Drittel (32 Prozent) der britischen Provinzen. Hier hat sich die Regierung das Recht vorbehalten, ihren Anteil an den Gesamtabgaben von Zeit zu Zeit — alle 7, 10, 20 oder auch 30 Jahre — neu festzusetzen. Die Gewinne der Großpächter sind darum hier nicht so uferlos wie bei dem endgültig geregelten Semindarisystem. Immerhin beträgt der den Großpächtern verbleibende Anteil an den Gesamtabgaben der Bodenbebauer 50 bis 75 Prozent.

Das Ryotwarisystem.

In den übrigen 48 Prozent der britischen Provinzen ist das Ryotwarisystem in Kraft: Der Staat verpachtet selber das Land an die Kleinpächter, entweder direkt oder durch die Vermittlung der Dorfgemeinschaften. Die Abgabefestsetzung erfolgt nur für eine bestimmte Zeit, und der Bauer (Ryot) muß bis zu 20 Prozent vom Rohertrag des Bodens abgeben.

Dieses Agrarsystem trifft genau genommen nur für den Teil Indiens zu, der direkt unter englischer Verwaltung steht. Aber in den indischen Fürstenstaaten sind die Verhältnisse durchaus entsprechend; die Behandlung der Bodenbebauer ist eher noch schlimmer als

in den britischen Provinzen. Die Fürsten haben als große Großgrundeigentümer die maßgebende Herrschaft über den Boden.

85 Prozent der Landbevölkerung ohne genügendes Land!

1914 lebten in Indien 224 Millionen Menschen von Landwirtschaft und Viehzucht. (Diese und die folgenden Zahlen beziehen sich sämtlich auf Erwerbstätige und Familienangehörige.) Eine halbe Million gehört dem Grundadel an, dies sind die Abkömmlinge der Feudalherren aus vorbritischer Zeit, darunter die Fürsten der indischen Fürstenstaaten. 8 Millionen Menschen gehören zur Klasse der von den Engländern geschaffenen Großpächter. Von den sodann verbleibenden 215½ Millionen leben 7 Millionen von der Viehzucht. Eigentliche Ackerbauern gibt es also 208 Millionen. Hiervon sind

41 Millionen Landarbeiter ohne eigenes Land;
137 Millionen Kleinpächter, deren Pachtfläche zu klein ist, um davon leben zu können;
30 Millionen mittelbäuerliche Pächter, deren Pachtfläche genügt, um eine mittelständische Existenz zu führen.

Von 208 Millionen sind also 178 Millionen (86 Prozent) ohne genügendes Land.

Die Zahl der Kleinpächter geht allmählich infolge von Ueberschuldung zurück. Die Zahl der Landarbeiter steigt entsprechend. Da die Beschäftigungsmöglichkeit für diese landwirtschaftlichen Arbeiter auf dem Lande gering ist, so sind sie zu einem Wanderdasein verurteilt. Sie stellen das Reservoir dar, die Reservearmee, aus der die indische Industrie ihre Lohnsklaven bezieht.

Den Löwenanteil erhält der Grundherr.

Der Ertrag der indischen Landwirtschaft wird im größten Teil des Landes geteilt zwischen dem Bodenbebauer, dem Großpächter und der Regierung.

Abgesehen von den Gebieten mit endgültig festgelegter Belastung (permanent settlements) gilt im allgemeinen die Regel, daß dem Bodenbebauer durch Pacht und Bodensteuer nicht mehr als 50 Prozent des Reinertrages und nicht mehr als 20 Prozent des Rohertrages

weggenommen werden sollen. Aber diese Regel wird in den wenigsten Fällen innegehalten. In großen Teilen des Landes ist die Belastung bedeutend höher. Zu der eigentlichen Bodensteuer hinzu kommen überall noch die verschiedenen örtlichen Landabgaben, die teilweise bis zu 12½ Prozent der Bodensteuer ausmachen.

„Stellt irgend ein anderes Land der Welt unter die Wirkung dieser Gesetze, so wird die Landwirtschaft dahinsiechen. . . . Wenn diese Bedingungen gegeben sind, so wird jedes noch so fruchtbare, fleißige und friedfertige Land der Welt dahin kommen, wo Indien heute steht.“ Das sagt ROMESH DUTT, der Geschichtsschreiber des VICTORIANISCHEN Zeitalters in Indien.

Da die Geldabgaben an die Regierung und an die Grundherren (Großpächter) sehr oft in bar geleistet werden müssen, sind die Bauern gezwungen, ihre Erzeugnisse sofort nach der Ernte zu verkaufen und zu jedem Preis loszuschlagen. Die Folgen hiervon sind: große Gewinne bei den englischen und indischen Händlern und eine furchtbare Verschuldung auf Seiten der Bauern. Da die Pflanzen, die als industrielle Rohstoffe verwendet oder auf dem Weltmarkt gehandelt werden, leichter zu verkaufen sind als Nahrungsmittel, so bevorzugt der indische Bauer jene Pflanzen beim Anbau. Er erzeugt darum für sich selber nicht genügend Nahrungsmittel, um sich satt essen zu können. Ja, in vielen Fällen muß er die Nahrungsmittel für den eigenen Bedarf zu Wucherpreisen beim Händler einkaufen. So ergibt sich jener Zustand, den einmal ein früherer Oberkommandierender der indischen Armee, O'MORE CREAGH, treffend geschildert hat:

„Der Bauer pflügt und sät, der Regen fällt, und die Frucht auf dem Felde wächst und reift, aber kaum ist die Ernte eingebracht, da wird sie ihm auch schon genommen. Den Löwenanteil erhält der Grundherr, ob dies nun die Regierung oder ein großer Grundherr ist. Der Dorfkaufrmann und die Leute, deren Dienste der Bauer nicht entraten kann, erhalten den Rest. Ihm selber bleibt nichts. Der Wucherer, der Advokat und Arzt pressen aus ihm heraus, was sie irgend können. Was er zum Leben braucht, die Aussaat für die nächste Ernte entnimmt er bei dem Dorfkaufrmann auf Kredit, der ihm teuer zu stehen kommt. Und dann geht er hin und pflügt und sät und hofft auf bessere Zeiten, die niemals kommen.“

Karl Hinkel.

Kapitalisten gegen Kapitalisten.

Die deutschen Zinkhütten fordern Schutzzölle. Sie erklären Stilllegungen für unumgänglich, wenn es ihnen nicht künftig durch einen höheren Zinkpreis ermöglicht wird, um ausländische Zinkerze zu konkurrieren. Die deutschen Zinkhütten sind nämlich heute mit 60 Prozent ihres Erzbedarfs vom Auslande abhängig; der Erzbezug ist ihnen vor allem dadurch erschwert, daß die überseeischen Erzbergwerke sich eigene Zinkhütten angegliedert haben und daß die deutschen Zinkhütten nicht wie ihre westeuropäischen Konkurrenten mit den überseeischen Erzbergwerken finanziell verbunden sind.

Die Forderungen der deutschen Zinkhütten gehen nun dahin, einen Zinkzoll von 100 Mark je Tonne — bei einem Weltmarktpreis unter 200 Mark! — und einen Zinkerz-Zoll in Höhe von 40 bis 50 Mark je Tonne einzuführen. Sie erstreben, daß der deutsche Zinkbedarf in Zukunft vollständig aus deutschem Erz und deutscher Hüttenproduktion gedeckt wird.

Mit diesen Forderungen stoßen die Zinkhütten auf scharfen Widerstand bei den zinkverbrauchenden Industrien; denn deren Wettbewerbsfähigkeit wird bei einer mehr als 50prozentigen Vertenerung des Zinks sehr beeinträchtigt. Der Zink- und Zinkerz-Zoll konnte ihnen auch nicht dadurch schmackhaft gemacht werden, daß ihnen die Zinkhütten eine Rückvergütung bei der Ausfuhr von Zink-

waren in Aussicht stellten. Sie wiesen vielmehr auf die Schwierigkeiten des Rückvergütungs-Systems hin, die sich gerade neuerdings im Streit der eisenschaffenden mit der eisenverarbeitenden Industrie herausgestellt haben. Da es sich bei Zink größtenteils um Legierungen und um verzinkte Waren handelt, würden diese Rückvergütungen eines Rückvergütungs-Systems noch größer sein als bei Eisen. Denn um den Betrag der Rückvergütung zu ermitteln, müßten die Zollbehörden erst die Stärke der Verzinkung oder das Verhältnis der Legierung feststellen. Das ganze Verfahren würde also sehr umständlich sein.

Die Interessengegensätze zwischen der zinkschaffenden und der zinkverarbeitenden Industrie haben bisher verhindert, daß ein Zinkzoll eingeführt worden ist. Solche Interessengegensätze zwischen Kapitalisten gibt es nicht nur im Falle der Zinkindustrie. Bei der eisenschaffenden und der eisenverarbeitenden Industrie liegt es ähnlich.

Solche schwachen Stellen beim Klassengegner könnten wir ausnutzen beim Kampf um die Hebung der Massenkaufrkraft. Wenn die Arbeiterorganisationen Zollsenkungen und überhaupt Preissenkungen bei Produkten der Schwerindustrie fordern würden, würden sie aller Wahrscheinlichkeit nach auf die Unterstützung verarbeitender Industrien rechnen können.

Bay.

Deutsche Wirtschaft ohne Frühjahrsbelebung.

Daher Rückgang der Reichsbank-Ausleihungen.

Trotz der Diskontsenkungen gehen die Ausleihungen der Reichsbank von Woche zu Woche zurück. Während der ersten drei April-Wochen haben sich die Ausleihungen um 628 Millionen Mark vermindert; es ist zweieinhalb mal so viel an die Reichsbank während dieser Wochen zurückgezahlt worden, als die Reichsbank zum Vierteljahresende neu ausgeliehen hatte. Wie stark die einzelnen Posten gegenüber der Vorwoche zurückgegangen sind, zeigt die nachstehende Zusammenstellung. Der Betrag der bei der Reichsbank liegenden Wechsel ist erstmals seit der Kreditkrise vom Juli vorigen Jahres unter 3 Milliarden gesunken; dabei darf allerdings nicht vergessen werden, daß deutsche Wechsel im Betrag von rund 590 Millionen Mark im Rahmen des internationalen Rediskontkredits bei anderen Notenbanken liegen.

(Angaben in Millionen Mark.)

	Gold	Devisen	Reichsbankwechsel	Lombardford	Wechsel	Notenumlauf	Giroverkehr	Gesamt Geldumlauf
15. 4. 1931	2345	114	—	149	1551	3878	313	5407
23. 4. 1931	2348	132	—	137	1456	3685	453	5177
15. 3. 1932	877	142	39	200	3261	4113	345	6063
23. 3. 1932	877	142	21	135	1199	1006	492	5938
15. 4. 1932	860	128	3	99	3023	4000	384	5953
23. 4. 1932	960	129	7	83	2889	3775	370	5787

Die Deckungsbestände der Reichsbank haben sich geringfügig erhöht, um insgesamt 1,1 Millionen Mark. — Für den Monat Mai dürfen die Einfuhrfirmen, wie oben bekannt wird, den Höchstbetrag ihrer allgemeinen Devisengenehmigungen nur noch mit 50 Prozent in Anspruch nehmen, gegenüber 55 Prozent im April. Ob diese immer weitergehenden Beschränkungen in der Devisenzuteilung etwas nützen, wird von Monat zu Monat zweifelhafter!

Der Notenumlauf hat sich um 125 Millionen Mark gegenüber der Vorwoche vermindert. Der Zahlungsmittelumlauf ist gegenüber der Vorwoche um 166 Millionen zurückgegangen.

Diese Rückgänge ebenso wie die damit zusammenhängenden Rückgänge der Ausleihungen können wohl kaum anders gedeutet werden, denn als Zeichen der ausbleibenden Frühjahrsbelebung. Betriebskredite werden nicht in Anspruch genommen, weil sie infolge des Ausbleibens von Aufträgen nicht benötigt werden. An diesem Tatbestand kann auch durch weitere Diskontsenkungen nichts grundlegend geändert werden; dazu ist vielmehr eine Stärkung der Massenkaufrkraft notwendig.

Rpt.

Devisen-„Kontrolle“ an den deutschen Grenzen.

Hergenrath — deutsch-belgische Grenze. Vor Beginn der belgischen Zollkontrolle erscheint ein deutscher Beamter im Zug: Devisenkontrolle. „Wieviel Geld haben Sie bei sich? Mehr als 200 Mark dürfen nicht mitgenommen werden.“ Gehorsam erwidert jeder Reisende, daß er nicht mehr Geld bei sich habe. Darauf die „Kontrolle“. Der Beamte: „Darf ich bitte, Ihr Portemonnaie sehen?“ Und er kontrolliert, daß in dem vorgezeigten Portemonnaie wirklich nicht mehr als 200 Mark enthalten sind.

Soll dieses Manöver wirklich der Devisenkontrolle dienen? Menschen, die Devisen aus Deutschland hinaus schmuggeln wollen, werden sich von diesen Beamten wohl kaum dabei einschüchtern lassen. — Oder dient es der Arbeitsbeschaffung? In diesem Fall kann es allerdings nicht als erfolglos betrachtet werden; wir sind aber in der Lage, Maßnahmen zur Beschaffung von Arbeit vorzuschlagen, die in bezug auf die Ankerbelastung der Wirtschaft weit erfolgreicher sind als Spaziergänge von Beamten durch Eisenbahnwägen.

Mo.